2021/42 Ausland

https://jungle.world/artikel/2021/42/verzweifelte-folklore

In Beirut gab es Schießereien, aber ein Bürgerkrieg ist unwahrscheinlich

Verzweifelte Folklore

Kommentar Von **Oliver M. Piecha**

Trotz der jüngsten Schießereien in Beirut steht im Libanon wohl kein neuer Bürgerkrieg bevor.

Der Libanon war wieder einmal in den Schlagzeilen. Milizionäre schossen in den Straßen Beiruts wild ihre Kalaschnikows leer, Soldaten der neutralen libanesischen Armee retteten im Kreuzfeuer gefangene Zivilisten. Ein Reporter berichtete auf Twitter von freundlichen Bitten der Kämpfer, sie dabei zu filmen, wie sie ihre Panzerfäuste auf irgendwelche Betonwände abfeuern. Sieben Tote später hatte Beirut zwar die heftigsten Schießereien seit über einem Jahrzehnt erlebt, ein Bürgerkrieg steht aber nicht vor der Tür. Dafür sorgen zwei ziemlich banale Tatsachen: Die Konfliktparteien haben alle mehr zu verlieren als zu gewinnen, und kein regionaler oder gar internationaler Akteur mag ihnen einen Krieg bezahlen.

War der verheerende libanesische Bürgerkrieg von 1975 bis 1990 so etwas wie die Blaupause der nahöstlichen Konflikte der vergangenen Dekade, so erscheint der derzeitige Zustand des Libanon abermals wie ein grauenerregender Ausblick in die Zukunft der Region. Als Staat funktioniert der Libanon eigentlich nicht mehr, aber Konsequenzen hat das keine. Die Regierung, wenn es sie gerade mal wieder gibt, ist statisch aufgeteilt zwischen den diversen Machtblöcken; jeder weiß, dass sie korrupt und völlig unfähig ist.

Die Bevölkerung ist völlig ausgelaugt, sie hat im wahrsten Sinn des Wortes bis zum Umfallen gegen die Regierung demonstriert. Da gab es die Demonstrationsjahre in der Folge der sogenannten Zedernrevolution nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri 2005, es gab die Müllproteste 2015, als sich in Beirut die Müllsäcke über Monate stapelten und die völlige Dysfunktionalität und Verantwortungslosigkeit des politischen Systems buchstäblich zum Himmel stank, dann die Protestwelle ab 2019. Über ein Jahr lang war der Libanon nun ohne Regierung, die Währung ist zusammengebrochen, vermutlich überlebt die Mehrheit der Bevölkerung vor allem wegen privater Überweisungen der libanesischen Migranten aus aller Welt.

Im August 2020 gab es einen Knall wie in einem Katastrophenfilm – die Beiruter Hafenexplosion. Die womöglich größte nicht nukleare Explosion der

Menschheitsgeschichte führte zur Verwüstung eines Großteils der Stadt und zu über 200 Toten, und politisch geschah – nichts. Die juristischen Ermittlungen zu dieser Explosion waren es auch, die zu der jüngsten Schießerei geführt haben. Hassan Nasrallah, der Führer der Hizbollah, hatte bereits ein paar Tage vorher gewarnt, der zuständige Ermittlungsrichter solle doch besser die Schiiten bei seinen Ermittlungen aus dem Spiel lassen. Die Hizbollah kontrolliert bekanntermaßen den Hafen von Beirut, in der die ungeheure Menge explosiven Ammoniumnitrats fahrlässig gelagert worden war. Es liegt überdies nahe, zu vermuten, dass der Stoff, der für die Herstellung von Dünger, aber auch von Sprengstoff verwendet werden kann, entweder für das Arsenal der Hizbollah oder für Bashar al-Assads Truppen in Syrien gedacht war.

Wie dem auch sei, dass unendliche Schlamperei, gröbste Fahrlässigkeit und völlige Verantwortungslosigkeit entscheidend waren, ist eigentlich unbestritten. Wichtig ist aus Sicht der politischen Führungsschicht jedoch nur eines: Wie schon beim Mord an Ministerpräsident Hariri darf es keine offiziell Beschuldigten unter den Parteien geben, die den Staat nach dem Friedensabkommen Anfang der neunziger Jahre de facto unter sich aufgeteilt haben. Und so ließ die Hizbollah gegen den Ermittlungsrichter demonstrieren, der angefangen hatte, ein paar unbequeme Fragen zu stellen, während eine christliche Miliz auf die Demonstranten schoss, so dass die Hizbollah erwartungsgemäß das Feuer erwiderte.

Sicherlich sollte die Hizbollah brüskiert und ihr eine Grenze gesetzt werden, aber von einem Bürgerkrieg hätten die Parteien nichts. Letztlich sind die demographischen Verhältnisse im Libanon zu ausgewogen, als dass eine von ihnen dominieren könnte. Die Botschaft, die die Schießereien an die Bevölkerung gesendet haben, ist eine Drohung: Wer Aufklärung einfordert und den Status quo gefährdet, spielt mit dem Feuer.

Die Bevölkerung hat sowieso andere Sorgen. Sie muss den täglichen Überlebenskampf bestreiten. Vorvergangene Woche brach das libanesische Stromnetz komplett zusammen, weil die Großkraftwerke keinen Brennstoff mehr hatten. Hier liegt wohl ein entscheidender Einschnitt in der bislang so folgenlos scheinenden Erosion staatlicher Strukturen vor: Ohne konstante Stromversorgung ist ein normales Leben in einer modernen Großstadt wie Beirut schlicht nicht mehr möglich.

Der Libanon könnte sich als prototypisch erweisen für die Zukunft einer Region, die lange Zeit im Zentrum der Aufmerksamkeit des Westens und damit großer Teile der Weltöffentlichkeit stand. Aber das ist Vergangenheit. Einst konnten die Potentaten und Machtgruppen der Region mit der gefährdeten Erdölversorgung drohen, mit von Ideologie und Religion aufgepeitschten, hasserfüllten Massen; jetzt bleibt nur noch die Drohung, Flüchtlinge könnten nach Europa strömen.

Der Libanon liefert genau wie das Syrien Assads oder das Afghanistan der Taliban ein Beispiel dafür, dass ökonomisch die letzte Aussicht der Herrschenden darin besteht, »humanitäre Hilfe« abzuschöpfen. Aber mittlerweile knausert selbst die EU nur noch. So - haben die Schießereien in Beirut erst mal nur die erneute Blockade der erst Anfang September zustande gebrachten Regierung bewirkt; die Schiiten haben ihre Minister zurückgezogen. Doch wen interessiert das?

© Jungle World Verlags GmbH